



SITZUNG DES STADTRATES von Montag, dem 24. Januar 2011

Anwesend:

Dr. Elmar Keutgen
Vorsitzender

Patrick Meyer
Patricia Creutz-Vilvoye
René Bartholemy
Dieter Pankert
Martin Orban
Schöffen

Marc Dürmholz
Herbert Bourseaux
Christoph Hennen
Werner Baumgarten
Claudia Niessen
Karl-Joseph Ortmann
Katrin Jadin
Anne Marenne-Loiseau
Maria Bellin-Moeris
Karl-Heinz Klinkenberg
Karin Wertz
Joachim Nahl
Arthur Spoden
Olivia Nistor
Michael Scholl
Hubert Streicher
Phillippe Hunger
Annabelle Mockel
Fabrice Paulus
Stadterordnete

René Bauer
Stadtsekretär

A) Öffentliche Sitzung

Zu 01 Mitteilungen

a) Genehmigung der Haushaltsplananpassungen Nr. 3 und 4 für das Jahr 2010

Mit Erlass vom 20. Dezember 2010 hat der Ministerpräsident und Minister für lokale Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft die vom Stadtrat am 16. November 2010 verabschiedeten Haushaltsplananpassungen Nr. 3 und 4 genehmigt.

b) Kandidatur der Stadt Eupen betreffend COMMUNES PILOTES WALLONIE CYCLABLE - 2010-2014

Mit Schreiben vom 24. September 2010 startete Minister Philippe Henry einen Projektauftrag für das Pilotprojekt der Wallonischen Region „COMMUNES PILOTES WALLONIE CYCLABLE“.

Am 24. November 2010 reichte die Stadt Eupen ihre Kandidatur bei der Wallonischen Region ein.

Mit Schreiben vom 23. Dezember 2010 teilte Minister Henry der Stadt Eupen mit, dass die Kandidatur aufgrund der Vielzahl der eingereichten Projekte nicht berücksichtigt werden konnte. Tatsächlich nahmen knapp 70 wallonische Gemeinden an diesem Projektauftrag teil.

c) Subsidienantrag der Stadt Eupen betreffend das Projekt Abbeyfield

Hinsichtlich einer möglichen Subventionierung des Projekts „Abbeyfield“ durch die Wallonische Region reichte die Stadt Eupen am 14. Oktober 2010, auf Vorschlag von Herrn SMOOS des Kabinetts Nollet, eine Kandidatur bezüglich NACHHALTIGES BAUEN bei der Wallonischen Region ein.

Mit Schreiben vom 21. Dezember 2010 teilte Minister Jean-Marc Nollet der Stadt mit, dass die Kandidatur aufgrund der Vielzahl der eingegangenen Projekte nicht berücksichtigt werden konnte.

In 2011 ist ein weiterer Projektauftrag vorgesehen, an dem sich die Stadt erneut beteiligen kann.

Zu 02 Naturpark Hohes-Venn-Eifel: Neue Verwaltungsstruktur

DER STADTRAT,

Nach Kenntnisnahme des Schreibens des Provinzkollegiums vom 15. September 2010, womit dieses auf die von der Wallonischen Region geänderte Gesetzgebung über die Naturparks hinwies, derzufolge die Verwaltungskommission des Naturparks Hohes Venn - Eifel, in der die Stadt vertreten ist, in eine VoG umgewandelt werden muss;

Nach Kenntnisnahme des Schreibens der Provinz Lüttich vom 25. November 2011, womit sie in ihrer Eigenschaft als Organisationsträger des Naturparks mitteilte, dass die Verwaltungskommission des Naturparks Hohes Venn - Eifel mit der bestehenden VoG Naturzentrum Botrange - Haus des Naturparks Venn-Eifel unter der neuen Bezeichnung „Verwaltungskommission des Naturparks Hohes Venn - Eifel VoG“ fusionieren soll;

In Erwägung, dass alle Mitglieder sowohl der aktuellen Vereinigung ohne Erwerbzweck als auch der Verwaltungskommission, die zukünftig die



juristische Form einer VoG annehmen wird, am 11. Dezember 2010 im Naturparkzentrum Botrange über die juristische Gestaltung der Fusion, die administrativen Aspekte sowie die finanziellen und haushaltstechnischen Gesichtspunkte informiert wurden;-----
Nach Kenntnisnahme des Schreibens der Provinz vom 13. Dezember 2010, womit diese den Entwurf der Statuten der neuen VoG sowie des Vertrags, der vor der Fusion unterzeichnet werden muss, übermittelte;-----
In Erwägung, dass mit der Beteiligung der Stadt Eupen an der neuen Verwaltungsstruktur des Naturparks Hohes Venn - Eifel weder mehr Aufwand noch mehr Kosten anfallen; -----
Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung; -----
Aufgrund des Dekrets vom 16. Juli 1985 über die Naturparks in seiner Fassung vom 3. Juli 2008;-----
Aufgrund des Gesetzes vom 27. Juni 1921 über die Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht in seiner Fassung vom 2. Mai 2002; -----
Auf Vorschlag des Gemeindegremiums und im Einvernehmen mit der Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

dem Projekt zur Fusion durch Übernahme der Verwaltungskommission des Naturparks Hohes Venn - Eifel durch die VoG Naturzentrum Botrange - Haus des Naturparks Hohes Venn - Eifel zuzustimmen und sich als ordentliches Mitglied an der neuen VoG Verwaltungskommission des Naturparks Hohes Venn - Eifel zu beteiligen. Demzufolge werden der für die Fusion vorgelegte Vorvertrag sowie die Statuten der neuen VoG genehmigt.-----

- Zu 03 ÖSHZ: Billigung der Beschlüsse des Sozialhilferates vom 29. Dezember 2010 zur:-----**
- **Umsetzung des föderalen Attraktivitätsplans im Alten- und Pflegeheim Sankt Joseph-----**
 - **Anpassung des Stellenplans 2011 -----**
 - **Erhöhung der Kilometervergütung für die Nutzung des Fahrrads auf dem Arbeitsweg-----**

DER STADTRAT,

Nach Kenntnisnahme des Schreibens des ÖSHZ vom 31. Dezember 2010, mit dem die Beschlüsse des Sozialhilferates vom 29. Dezember 2010 übermittelt werden, womit der föderale Attraktivitätsplan im Alten- und Pflegeheim St. Joseph umgesetzt, der Stellenplan angepasst und die Kilometervergütung für die Nutzung des Fahrrads auf dem Arbeitsweg erhöht werden; -----
In Erwägung, dass sowohl der Verhandlungsausschuss für das Personal als auch der Beratungsausschuss Stadt / ÖSHZ dazu günstige Gutachten abgegeben haben; -----

Nach Kenntnisnahme folgender Intervention:-----
Herr Stadtverordneter **Achim NAHL (ECOLO)**: Wir begrüßen die Umsetzung des föderalen Attraktivitätsprogramms, die den sozialen Frieden wieder herstellt, und hoffen, dass zu den letzten verbleibenden Teilaspekten im Laufe des Jahres 2011 eine Lösung für einen nachhaltigen sozialen Frieden gefunden wird. Auch sind wir dafür, die Personalplanung dem zunehmenden Bedarf, sowohl bei der Anzahl der Kundenakten, als auch bei der Zunahme der Aufgabengebiete, anzupassen. Wir stellen allerdings angesichts der angespannten Finanzlage die Frage, ob ein erweiterter Stellenplan sofort mit definitiven Anstellungen umgesetzt werden muss.-----
Auf Grund von Artikel 42 des Grundgesetzes über die ÖSHZ vom 8. Juli 1976;-----



Auf Vorschlag des Gemeindegremiums und im Einvernehmen mit der Finanzkommission,-----

**b e s c h l i e ß t
einstimmig,**

die Beschlüsse des Sozialhilferates vom 29. Dezember 2010 zur:-----

- Umsetzung des föderalen Attraktivitätsplans im Alten und Pflegeheim Sankt Joseph-----
- Anpassung des Stellenplans 2011 -----
- Erhöhung der Kilometervergütung für die Nutzung des Fahrrads auf dem Arbeitsweg zu billigen.-----

Zu 04 ÖSHZ: Genehmigung des Haushaltsplans 2011 -----

DER STADTRAT,

Nach Prüfung des durch den Rat des öffentlichen Sozialhilfezentrums für das Rechnungsjahr 2011 festgelegten Haushaltsplanes;-----

Auf Grund des Artikels 88 des Grundgesetzes über die öffentlichen Sozialhilfezentren vom 8. Juli 1976;-----

Nach Kenntnisnahme folgender Interventionen:-----

Herr Stadtverordneter und Präsident des ÖSHZ **Karl-Joseph ORTMANN (CSP):**

Der städtische Zuschuss wird in 2011 bei 2.300.000 EUR liegen, das sind rund 180.000 EUR mehr als im letzten Jahr.-----

Bekanntlich arbeiten die Dienste und Einrichtungen des ÖSHZ mit einem Defizit, weil die Ausgaben nur zum Teil durch Zuschüsse und eigene Einnahmen gedeckt sind. Aus der Summe der Defizite ergibt sich ein allgemeiner Zuschussbedarf, der für 2011 um 72.000 EUR höher liegt als letztes Jahr.-----

Das Vorjahresultat, sozusagen die Eigenmittel des ÖSHZ, liegt 2011 wesentlich niedriger als im Vorjahr: 625.000 EUR, das ist 271.000 EUR weniger. Infolgedessen müssen 2011 erhöhte Zuschüsse vorgesehen werden, um die Aktivitäten des ÖSHZ zu finanzieren: der Sonderfonds für Sozialhilfe wurde auf 750.000 EUR veranschlagt, das sind 65.000 EUR mehr als im Vorjahr. Vor allem aber bedarf es einer Erhöhung des Stadtzuschusses um - wie gesagt - + 178.000 EUR. Schließlich wurde beschlossen, 100.000 EUR aus einem zu Beginn der 90er Jahre gebildeten Kassenfonds zu entnehmen.-----

Die Personalkosten steigen insgesamt um 502.000 EUR, also knapp 6% gegenüber dem Vorjahr, die Hälfte davon entfällt auf das Alten- und Pflegeheim. Die Betriebskosten liegen 75.000 EUR höher, das sind 3,5%. Für Tilgung und Verzinsung von Anleihen aufgrund außerordentlicher Projekte der letzten Jahre wurden knapp 40.000 EUR mehr Kredite vorgesehen, das sind +30%. Der veranschlagte Anstieg der Bruttoausgaben in der Sozialhilfegewährung ist beträchtlich. Er liegt in der Größenordnung von 640.000 EUR, das sind etwa 15% mehr als im Vorjahr, aber die geplanten Mehreinnahmen (der Staat finanziert zu 100% die Ausländersozialhilfe und zu ca. 64% das Eingliederungseinkommen) überkompensieren diese Entwicklung.-----

Monatlich erhalten im Schnitt ca. 350 Leute Eingliederungseinkommen, 12% mehr als im Vorjahr. 115 Leute erhalten im Augenblick Ausländersozialhilfe, das sind 45% mehr als im Vorjahr.-----

Das Alten- und Pflegeheim, die Sozialhilfe und die sozialberufliche Eingliederung sind zwar defizitär, aber da (gegenüber dem Vorjahr) der geplante Anstieg der Ausgaben niedriger ist als der geplante Anstieg der Einnahmen, konnte das Haushaltsergebnis in diesen Diensten gegenüber dem Vorjahr verbessert werden: um 23.000 EUR im Alten- und Pflegeheim, um 70.000 EUR in der Sozialhilfe, um 35.000 EUR in der sozialberuflichen Eingliederung.-----



Das Zentrum Mosaik arbeitet aufgrund der Finanzierung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft (Geschäftsführungsvertrag) weiterhin kostendeckend für das ÖSHZ.-----

Ein gegenüber dem Vorjahr verschlechtertes Haushaltsergebnis besteht dem gegenüber in der Verwaltung (-77.000 EUR), der Häuslichen Hilfe (-25.000 EUR), der Schuldnerberatung (-57.000 EUR), dem Energiedienst (-3.000 EUR) und den Sozialwohnungen (-18.000 EUR).-----

Im außerordentlichen Haushalt sind Projekte in einem Gesamtausmaß von 1,3 Mio. EUR geplant, wozu eine Neuverschuldung von 734.000 EUR beschlossen wurde. Hinzu kommt das Großprojekt Altenheimumbau bzw. –neubau, das diesmal mit 10,8 Mio. EUR in den Haushalt eingetragen wurde, der in der Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragenen Summe.-----

Herr Stadtverordneter **Christoph HENNEN (fraktionslos)**: Ich werde die Stellungnahme zum ÖSHZ Haushalt 2011 in 2 Teile vortragen, zum Einen den finanziellen, zum Anderen den inhaltlichen.-----

Zum Finanziellen können wir sagen, dass bis zum Jahre 2008 alles in Butter war. Die Einnahmen deckten die Ausgaben ab, und die finanzielle Beteiligung der Stadt in ihrer Höhe sorgte für eine mehr oder weniger ausgeglichene Situation. In 2009 und 2010 gab es bereits Probleme durch steigende Ausgaben, doch konnten diese durch Einsparungen, Optimierung der Arbeit, Anzapfen der Reserve und diverse andere Maßnahmen aufgefangen werden.

Doch für 2011 holt uns die Realität ein: eine erschreckende Entwicklung bei der Sozialhilfe, ein immer größerer Teil von Leistungen, die durch das ÖSHZ erbracht werden und die nicht vom Staat zurückerstattet werden, obwohl dieser der Verursacher ist. Und zusätzliche Ausgaben sorgen dafür, dass die Finanzsituation so langsam aber sicher aus den Fugen gerät. Fakt ist, dass der Stadtzuschuss sich um 178.000 EUR erhöht. Fakt ist, dass wir nur durch finanztechnisches Aufbrauchen von Vorjahresergebnissen das Finanzloch stopfen können.-----

Wenn man nur 2011 nehmen würde, so müsste die Stadt nicht nur 178.000 EUR sondern noch 500.000 EUR mehr aufbringen, damit Einnahmen gleich Ausgaben sind, und dies auch nur im günstigen Fall, wenn 2011 so wird wie 2010. Und da schaue ich den Präsidenten des ÖSHZ an, der wahrscheinlich dieselben Befürchtungen wie ich habe, dass dies nicht der Fall sein wird, und wir Mehrausgaben haben werden.-----

Um dieselbe Finanzlage wie 2008 zu erhalten, fehlt dem ÖSHZ mehr als 1.000.000 EUR. Tendenz steigend!-----

Was den rein inhaltlichen Teil betrifft, so kann man für das ÖSHZ viele Fleißkärtchen verteilen. Die Eigeninitiativen sind vorbildlich, und man bemüht sich, die Dinge voran zu treiben. Die Probleme, die bestehen sind bei Weitem nicht hausgemacht, sondern stammen von einer inkompetenten, stümperhaften und vollkommenen realitätsfremden Föderalpolitik ab, wie zum Beispiel im Falle der Asyl-, Sozial- und Ausländerpolitik.-----

Bei der Abstimmung über diesen Haushalt geht es um Geld und Inhalte. Ich werde gegen diesen Haushalt stimmen, nicht weil ich mit der geleisteten Arbeit nicht zufrieden bin, sondern:-----

- weil die finanzielle Situation sich durch föderale Unfähigkeit zum Desaster entwickelt; -----
- weil der seit Jahren geforderten Anerkennung der Zentrumsfunktion Eupens nicht korrekt Rechnung getragen wird; -----
- weil die Gemeinden wieder und in Zukunft noch mehr herhalten müssen, um durch Fremdverschulden verursachte Finanzlöcher zu stopfen; -----



- weil höhere Ebenen keine Verantwortung übernehmen und diese auf die unteren Ebenen abwälzen;-----

- weil wir endlich auf den Tisch hauen müssen und uns nicht alles bieten lassen müssen, was uns die Landeshampelmänner einbrocken.-----

Herr Stadtverordneter **Achim NAHL (ECOLO)**: Die Vorstellung des Haushaltsplans des ÖSHZ in mehreren Kommissionen ist jedes Jahr ein spannender Moment: Über die Zahlen hinaus legen die Verantwortlichen des ÖSHZ auch jedes Jahr eine Bestandsaufnahme aller laufenden Tätigkeiten und Projekte vor, und jedes Jahr darf man gespannt sein, welche neuen Initiativen entstehen, um für neue Probleme und Bedürfnislagen die passenden Antworten zu entwickeln.-----

1) Die Altenpflege-----
Bei der Altenpflege teilen wir die Sichtweise, dass das Altenheim langfristig ausschließlich zum Pflegeheim werden soll, während den rüstigeren Senioren alle Hilfen angeboten werden, mit denen sie so lange wie möglich in ihrem Lebensmilieu verbleiben können.-----

Das betreute Wohnen ist eine gute Übergangsformel für Senioren, die in einer Übergangsphase zwischen dem 3. und dem 4. Alter sind, und es ist gut, dass das betreute Wohnen in 2011 nach längerer Planung im Altenheim St. Joseph eingerichtet wird. Wir sind auch gespannt auf die Resultate der Studie zum Thema „Wohnhilfezonen“, und auf die Empfehlungen zur Vernetzung der Hilfeleistungen.-----

Die Viertelessen fördern auch das Miteinander in der Stadt. Es entspricht der in der Öffentlichkeit nur wenig bekannten Tatsache, dass man nicht Sozialhilfeempfänger sein muss, um Leistungen des ÖSHZ nutzen zu können: Viertelessen, Fliegender Kochtopf, Verkauf von Pflegematerial, Notrufanlagen, Wäscherei und Schuldnerberatung sind nur einige Beispiele dafür, wie das ÖSHZ im Dienst der gesamten Bevölkerung steht. Am anderen Ende der Alterspyramide stehen die Schulesen, und das Bekenntnis der Küche zu regionalen Produkten und zu Bio-Produkten ist positiv hervor zu heben.-----

2) Zentrum Mosaik-----
Mit der Ansiedlung eines Dienstes für begleitete Besuchskontakte im Zentrum Mosaik wurde jetzt endlich ein Angebot geschaffen, dessen Bedarf in der DG viele Jahre unbeantwortet blieb. Für die emotionale und soziale Entwicklung eines Kindes ist es wichtig, in einem geschützten Rahmen den Kontakt zum separierten Elternteil halten zu können, da dieser ihm sonst für lange Zeit abhanden kommen würde.-----

Auch eine Ausdehnung der sozialpädagogischen Außenbegleitung von Familien in schwierigen Situationen wird jeder begrüßen, der Kontakt zu diesem Bereich hat. Das künftige „Probewohnen“ für junge Erwachsene mit und ohne Kinder ist ein weiteres Teil der im Mosaik vernetzten Hilfeleistungen für Kinder und Familien.-----

3) Die berufliche Eingliederung-----
Bei der beruflichen Eingliederung können wir nur die Findigkeit bewundern, mit der das ÖSHZ lose Enden zu einem kohärenten Ganzen verbindet. Jüngstes Beispiel ist der Bereich „Energiesparen“:-----

- Sozialhilfeempfänger werden über den Dienst für Energiefragen zum Energiesparen angeleitet;-----
- Mieter und Vermieter können über einen föderalen Fonds günstige Kredite für die Verbesserung der Energieeffizienz von Wohnungen erhalten;-----
- und mit dem wallonischen Projekt „P.A.P.E.“ werden Personen für den Arbeitsmarkt im Bereich Energieeffizienz fit gemacht.-----

Das ist schon ziemlich grün: Langfristig wird Geld, das sonst buchstäblich verheizt würde, in Arbeitsintegration und Wohnqualität investiert. Der Einsatz des



ÖSHZ hat zur Schaffung der Funktion „Job-Coach“ beim Arbeitsamt geführt und damit zu einem weiteren Beitrag zu größerer Kohärenz bei der sozialberuflichen Eingliederung.-----

Die Sozialhilfe -----

Beim Thema „Sozialhilfe“ sind wir sofort bei den Finanzen angelangt, und die Aussichten trüben hier kräftig das positive Bild, das der Aktionsplan hinterlassen hat. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das ÖSHZ und die Stadt hier Faktoren ausgesetzt sind, die sie nicht selbst beeinflussen können: ---

- Der zunehmend strenge Ausschluss von Arbeitslosen aus dem Arbeitslosengeld schlägt sich direkt auf das Volumen der Sozialhilfe nieder und sabotiert die Arbeit des Dienstes für berufliche Eingliederung; -----
- bei der gleichgestellten Sozialhilfe, die zu 100% durch den Föderalstaat erstattet wird, ist eine intensive Betreuungsarbeit notwendig, die nicht vergütet wird, aber irgendwie finanziert werden muss; -----
- die unvorhersehbare föderale Politik der Regularisierung von Asylanträgen beeinflusst jeweils das Verhältnis zwischen Sozialhilfe und gleich gestellter Sozialhilfe: Regularisierung entlastet die föderalen Kassen und belastet die lokalen Kassen, und das liegt nicht an den Asylbewerbern, sondern an den föderalen Gesetzen.-----

Eupen hat in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht eine Sogwirkung: In Eupen gibt es eine gute Infrastruktur für Handel und Gewerbe sowie die hierzu benötigten Behörden und Verwaltungen. Es gibt außerdem fast alle Einrichtungen und Dienstleistungen, die man in jeder Lebenslage benötigt (außer der Schuldnerberatung, die nach Kelmis ausgelagert wurde, was wir weiterhin nicht nachvollziehen können...). -----

Da ist es logisch, dass in Eupen auch die soziale Versorgung attraktiver ist als in Gemeinden, die nichts oder fast nichts anbieten und auch ansonsten im Sozialbereich die Ohren steif halten. Es ist also wichtig, dass Stadt und ÖSHZ weiter mit der DG und darüber hinaus mit föderalen Behörden verhandeln, damit ihre Vorreiterrolle im Sozialbereich auch proportional zu den Anstrengungen finanziert wird.-----

Gute soziale Arbeit braucht genügend Personal für den individuellen Umgang mit den Kunden, und das kostet natürlich etwas. Deshalb haben wir vorhin auch der Erweiterung des Stellenplans zugestimmt, der eine Personalaufstockung bei der Schuldnerberatung und bei der allgemeinen Sozialhilfe vorsieht. -----

Die Haushaltspläne von Stadt und ÖSHZ sehen vor, dass der städtische Anteil am Haushalt des ÖSHZ für 2011 aus den vorgenannten Gründen um 178.000 Euro erhöht werden soll; und das als erster Schritt zu weiteren, substantielleren Erhöhungen in den beiden darauf folgenden Jahren, wenn die Beanspruchung des ÖSHZ gleich hoch bleiben sollte, was anzunehmen ist. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Defizit bei der Sozialhilfe den größten Posten ausmacht, für den eine Abhilfe gefunden werden muss.-----

Es ist aber auch eine Zwickmühle für unser heutiges Abstimmungsverhalten, wir nehmen nämlich zur Kenntnis, dass das Defizit der allgemeinen Verwaltung des ÖSHZ in 2010 um weitere 77.000 Euro auf eine Gesamtsumme von 585.000 Euro steigt.-----

Wenn der Stadtrat für 2011 dem ÖSHZ ein Plus von 178.000 Euro bewilligt, beteiligt er sich damit auch an dem steigenden Defizit der allgemeinen Verwaltung. Die Erklärung, das bleibe proportional im Vergleich zu den Vorjahren und zum Gesamtvolumen des Haushalts, scheint uns etwas kurz gegriffen. Wir haben bisher keine Aussagen vernommen, dass daran gearbeitet werden soll, dieses Defizit zu verringern – z.B. mit Hilfe eines Audits oder Qualitätsmanagements. -----



Mit der heutigen und den künftigen Erhöhungen des städtischen Anteils wird die Stadt sich auch an den Personalerweiterungen beteiligen, die nicht über die DG finanziert werden. Auf unsere Nachfrage in der Kommission, ob es zunächst zeitlich befristete Arbeitsverträge seien, mit denen der erweiterte Stellenplan vorsichtig umgesetzt werde, während man die Entwicklung beobachte, wurde uns geantwortet, dass es aufgrund der Qualität der Arbeit sofort definitive und unbefristete Stellen seien. -----

Das können wir mit Hinblick auf die städtischen Finanzen so nicht mittragen: Viele andere Einrichtungen des Sozialsektors müssen ihren Stellenplan vorsichtig im Rahmen von Zeitverträgen umsetzen, manche sogar im Rahmen von Pilotprojekten, deren Zukunft oft ungewiss ist (man braucht sich nur die unsichere Vertragslage des Erstempfangs für Asylbewerber oder das Info-Asyl vor Augen zu führen). Das ist sicherlich nicht wünschenswert, aber leider finanzielle Realität, und eine solche Vorsicht erwarten wir auch vom ÖSHZ. -----
Deshalb: wir begrüßen den vielseitigen und kohärenten Aktionsplan des ÖSHZ, nehmen aber auch die vielen Zwänge zur Kenntnis. Wir könnten dem diesjährigen Haushaltsplan mit seiner Erhöhung des städtischen Anteils um 178.000 Euro zustimmen – wenn man sieht, welche Summen sonst oftmals in geringfügigere Themen investiert werden, ließe sich das rechtfertigen - und die Gesamtsumme des städtischen Anteils bleibt niedriger als in den Jahren 2002 bis 2008. -----

Für unsere Zustimmung brauchen wir aber 2 Absichtserklärungen: -----
Die Durchführung eines Audits oder Qualitätsmanagements in 2011, um so Sparpotential zur Verringerung von Defiziten aufzufindig zu machen. Dies insbesondere bei der allgemeinen Verwaltung, zumal weitere Erhöhungen des städtischen Zuschusses für die nächsten Jahre schon angekündigt sind; -----

- und als logische Folge dieses Audits, dass Erweiterungen des Stellenplans, die nicht durch die DG abgesichert sind, zunächst zeitlich befristet besetzt werden. Ohne diese Zusagen werden wir uns – bei allem Lob für die inhaltliche Arbeit – enthalten müssen.-----

Frau Stadtverordnete **Katrin JADIN (PFF-MR)**: Die einzelnen Aufgaben werden durch das ÖSHZ gut wahrgenommen. Die Entwicklung bei den Ausgaben, mit einem Zugriff auf die Rücklagen, muss im Auge behalten werden. -----

Die Gründe für gestiegene Ausgaben sind nachzuvollziehen, so u.a. die demographische Entwicklung der Bevölkerung und die Sogwirkung der Stadt Eupen. Es muss versucht werden eine Regelung auf föderaler Ebene zu erwirken.-----

Bezüglich des Audits und der befristeten Verträge schließen wir uns den Anträgen der Ecolo-Fraktion an. -----

Herr Stadtverordneter und Präsident des ÖSHZ **Karl-Joseph ORTMANN (CSP)**: Ich bedanke mich für das Lob für die geleistete Arbeit. Zu den beiden von ECOLO geforderten Absichtserklärungen möchte ich Folgendes bemerken: ----

1) Audit-----

Ein spezielles Audit ist nicht erforderlich, da-----

- zwischen den ÖSHZ-Diensten eine permanente Supervision besteht; -----
- die Arbeitsweisen ständig in Frage gestellt werden;-----
- hieraus Absprachen erfolgen mit den entsprechenden Anpassungen; -----
- man sich allen Neuorientierungen stellt.-----

2) Befristete Verträge-----

Hiergegen muss ich energisch widersprechen. Auf das ÖSHZ sind zusätzliche Aufgaben zugekommen. Teilweise stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Wir sind angewiesen auf qualifiziertes Personal, das ohne große Einarbeitungszeit einsatzbereit sein muss. Um diese Manpower auch an das ÖSHZ zu binden, sind unbefristete Arbeitsverträge eine unumgängliche Voraussetzung. -----



Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;-----
Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der
Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t
mit 21 JA-Stimmen (CSP, PDB, PFF-MR und SP+)
gegen 1 NEIN-Stimme (H. Stadtverordneter Ch. Hennen),
bei 3 Enthaltungen (Ecolo-Fraktion)

Ordentlicher Haushaltsplan -----
Einnahmen und Ausgaben : 17.789.470,00 EUR
Außerordentlicher Haushaltsplan -----
Einnahmen und Ausgaben : 12.156.199,00 EUR
Durchlaufender Haushaltsplan -----
Einnahmen und Ausgaben : 5.653.500,00 EUR
Der ordentliche Zuschuss der Stadt Eupen beträgt 2.300.000,00 EUR (in 2010:
2.121.717,00 EUR).-----

**Zu 05 Instandsetzungs- und Stabilisierungsmaßnahmen an der
Sporthalle Stockbergerweg: Ratifizierung der Dringlichkeits-
beschlüsse des Gemeindegremiums vom 4. und 11. Januar
2011 betreffend die Durchführung von Sicherheitsarbeiten
aufgrund der drohenden Einsturzgefahr des Daches infolge der
Schnee- und Eislast -----**

DER STADTRAT,

Nach Durchsicht des Beschlusses des Gemeindegremiums vom 4. Januar
2011 betreffend die aufgrund der Schnee- und Eislasten drohende Einsturz-
gefahr des Daches der Sporthalle Stockbergerweg;-----
In Anbetracht, dass das Statikbüro PALOTAS REICHELT & Partner umgehend
kontaktiert wurde;-----
In Anbetracht, dass die Firma RADERMEKER in Dringlichkeit mit dem Aufbau
eines Stützgerüsts, entsprechend den Vorgaben des Statikers, beauftragt
wurde;-----
In Anbetracht, dass sich die Kosten für das Gerüst auf 21.603,34 € einschl.
MwSt und einschl. der Miete für 4 Wochen belaufen;-----
In Anbetracht, dass sich die Kosten für das Statikerbüro auf ca. 5.000 €
einschl. MwSt belaufen;-----
In Anbetracht, dass am 6. Januar 2011 eine Ortsbesichtigung mit dem
Expertisenbüro FARCY stattgefunden hat;-----
In Anbetracht, dass die bisher getroffenen Maßnahmen gutgeheißen und noch
durch zusätzliche Stabilisierungsmaßnahmen ergänzt werden müssen;-----
Nach Kenntnisnahme des durch die Bauschlosserei BELLEFLAMME
beigebrachten Angebotes für folgende Arbeiten:-----
- Herstellung und Montage von Verstärkungen an 16 Bindern inkl. aller Vor-
und Nebenarbeiten;-----
- Gerüst für die Montage und Schutzplatten für den Boden;-----
- Verstärkung an einer Binderverbindung im First-----
In Anbetracht, dass sich die Kosten auf 60.969,48 € einschl. MwSt belaufen; ---
In Anbetracht, dass diese Arbeiten in Dringlichkeit auszuführen sind, um zum
einen die Gerüstkosten zu minimieren und zum anderen damit der Sportbetrieb
in der Halle schnellstens wieder aufgenommen werden kann;-----
In Erwägung, dass die Firma BELLEFLAMME durch Beschluss des
Gemeindegremiums vom 11. Januar 2011 mit der Durchführung dieser
Sicherungsarbeiten beauftragt wurde;-----
Nach Kenntnisnahme folgender Interventionen:-----
Frau Stadtverordnete **Karin WERTZ (ECOLO)**: Dass das Dach auf Grund der



Notfallsituation abgestützt und jetzt schnell repariert werden muss, steht außer Frage. Uns ist jedoch noch nicht das Ausmaß der Folgearbeiten bekannt, die unter „Instandsetzung“ laufen. Nach dem Abtauen der großen Schneemassen wurden weitere Schäden an der Dachkonstruktion festgestellt; mit welchen Zusatzkosten muss gerechnet werden? Die Kosten für die Stabilisierung und Gerüstmiete sind beträchtlich.-----

Da das Dach jetzt schon mal stabilisiert und gestützt wird und außerdem stärker beschädigt ist, schlagen wir vor, die Aufstellung des Gerüsts - insofern es dies erlaubt - zu nutzen, um notwendige Arbeiten zur Dämmung und Reparatur des Daches durchzuführen. Dies, um eine Situation ähnlich der in Kettenis zu vermeiden. Dort wurde zuerst der Hallenboden erneuert und musste anschließend geschützt werden, um ein Gerüst für Arbeiten an der Hallendecke aufbauen zu können. Die Vereine werden auch lieber eine längere Unterbrechung mit effizienten Arbeiten ertragen, statt einer Folge von Teilabschnitten ausgesetzt zu sein.-----

Herr Stadtverordneter **Philippe HUNGER (PFF-MR)**: Selbstverständlich begrüßen wir die schnellen Maßnahmen zur Instandsetzung der Sporthalle am Stockbergerweg. Gerade für die Kinder, Jugendlichen und Schüler ist es wichtig, dass sie so schnell wie möglich wieder ihren Sport ausüben können.--- Und es zeigt sich wieder einmal: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und so würde es mich freuen, wenn diese zügigen Entscheidungen auch für andere Projekte möglich wären, wie zum Beispiel die dringend notwendige Instandsetzung bzw. Renovierung des Capitols. Denn dort ist es für die zahlreichen kulturellen Vereinigungen wie auch für die Kinder, die dort ihren Tanzsport ausüben möchten, immer erschwerlicher ihre Veranstaltungen abzuhalten. -----

Herr Stadtverordneter **Werner BAUMGARTEN (SP+)**: Diese Situation hat sich niemand ausgesucht. Der Schadensfall zeigt, dass auch Eupen keine Insel ist. Den Verantwortlichen für die schnelle Reaktion möchte ich gratulieren. Ob man die richtige Sicherungstechnik angebracht hat, lasse ich dahin gestellt. Aber durch rasche Hilfe konnte Schlimmeres verhindert werden. -----

Im Namen der Vereine plädiere ich für eine rasche Reparatur. Wie schnell die Stadt helfen kann, zeigt das Resultat bei anderen Sportstätten. Hier gilt es anderen Vereinen zu helfen. -----

Herr Stadtverordneter **Christoph HENNEN (fraktionslos)**: Als Erstes können wir ja wirklich von Glück reden, dass nichts Schlimmeres passiert ist. Die Halle ist Heimat von zig Vereinen und man kann sich über Vieles beklagen, aber nicht darüber wie schnell Alternativen und Lösungen für die Vereine gefunden wurden. Es ist bei weitem nicht einfach in einer vollen Hallenbelegung in unserer Stadt Freiräume zu finden. Meine Fragen sind: -----

- Wurde für alle Vereine eine Lösung gefunden? -----
- Man munkelt, dass bei den gefunden Alternativen teils keine Duschmöglichkeiten bestehen. Ist da was dran oder ist es nur ein Missverständnis?-----

Herr Stadtverordneter **Karl-Heinz KLINKENBERG (PFF-MR)**: Wir möchten nachfragen, ob es sich bei den Arbeiten nur um Stabilisierungs- oder auch um Verbesserungsarbeiten handelt? Und ist die Halle Ende Februar wieder zugänglich? -----

Herr Stadtverordneter **Fabrice PAULUS (CSP)**: Hier kann man nicht nur vom sprichwörtlichen, sondern vom doppelten Glück im Unglück sprechen. Doppelt, da einerseits weder Personen zu Schaden gekommen sind und Schlimmeres, wie ein Einsturz der Halle verhindert werden konnte. Andererseits, dass der Stadtrentmeister die Versicherungspolice immer zahlt und somit der Schadensfall zumindest finanziell keine Auswirkungen haben wird.-----



Auch hier ein Dankeschön an alle beteiligten Personen, den Arbeitern und Feuerwehrleuten, die die Halle schnell gesichert haben, der Versicherung für die zügige Bearbeitung und vor allem den Handballern der KTSV, die den Schaden unverzüglich festgestellt und gemeldet haben.-----

Frau Schöffin **Patricia CREUTZ-VILVOYE (CSP)**: Innerhalb von sehr kurzer Zeit wurden Lösungen für die Sportvereine gefunden, so z.B. die Sportanlagen der Irnep auf Schönefeld und im Bellmerin, wie auch die Sporthalle der Grundschule in Kettenis für die Schüler des RSl. Ganz zu Beginn gab es Probleme mit den Duschköglichkeiten. Doch nachdem die bedürfnisorientierten Erfordernisse bekannt waren, konnten diese schnell aus der Welt geschafft werden.-----

Da sowohl die Sicherheit der Nutzer wie auch die weitere sportliche Nutzung der Halle Vorrang haben, wird das vorgesehene Projekt zu Ende gebracht: Verstärkung an 16 Bindern und Verstärkung an einer Binderverbindung im First. Es wird mit einer zügigen Behebung der Schäden gerechnet, so dass die Halle Ende Februar wieder genutzt werden könnte.-----

Herr Schöffe **René BARTHOLEMY (CSP)**: Auf den Vorschlag der ECOLO-Fraktion auf Dämmungsarbeiten ist zu bemerken, dass dies aktuell nicht erforderlich ist, da schon seiner Zeit eine Spezialschicht aufgetragen wurde.-----

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;-----
Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission und der Baukommission-----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

die Beschlüsse des Gemeindegremiums vom 4. und 11. Januar 2011, womit dem Statikbüro PALOTAS REICHELT & PARTNER zum Betrage von +/- 5.000 € einschl. MwSt, der Firma RADERMEKER zum Betrage von 21.603,34 € einschl. MwSt sowie der Firma BELLEFLAMME zum Betrage von 60.969,48 € einschl. MwSt, in Dringlichkeit der Auftrag für die Sicherungsarbeiten in der Sporthalle Stockbergerweg erteilt wurde, zu ratifizieren.-----

Zu 06 Genehmigung der Lastenhefte betreffend:-----

a) die Ausführung von Sicherheitsarbeiten an den Sektionaltoren des Bauhofes -----

DER STADTRAT,

In Anbetracht, dass sich in der Fahrzeughalle (ehemalige Halle Hennes) insgesamt 8 Sektionaltore befinden, die nicht mehr den aktuellen Sicherheitsbestimmungen entsprechen;-----

In Anbetracht, dass es sich demnach empfiehlt Sicherheitsarbeiten an den vorgenannten Sektionaltoren des städtischen Bauhofes auszuführen; -----

In Anbetracht, dass diese Arbeiten u.a. die Montage neuer Zugseile und Scharniere umfassen und die Tore mit einer Fallschutzsicherung ausgestattet werden, damit bei einem eventuellen Bruch der Zugseile die Tore nicht herunterfallen können;-----

In Anbetracht, dass ebenfalls auf der Unterkante der Tore eine Sensorgummileiste sowie eine Lichtschranke eingebaut werden, damit diese nicht schließen können, wenn sich eine Person oder ein Gegenstand unter dem Tor befindet;-----

Nach Kenntnisnahme des durch den städtischen Bauhof erstellten Lastenheftes, welches die vorgenannten Maßnahmen umfasst;-----

In Anbetracht, dass sich die Kostenschätzung auf 14.000 €, einschl. MwSt beläuft; -----

In Anbetracht, dass die Ausgaben unter Artikel 137/723-60 des Haushaltsplanes 2011 vorgesehen ist;-----



In Anbetracht, dass das Lastenheft gemäß Artikel 17 § 2, Punkt 1 des koordinierten Gesetzes vom 24. Dezember 1993 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge als Vergabeart ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung vorsieht; -----
Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 8. Januar 1996 über öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und öffentliche Baukonzessionen und vom 26. September 1996 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen;-----
Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung; -----
Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission und der Baukommission -----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

das Lastenheft für die Ausführung von Sicherheitsarbeiten an den Sektionaltoren des städtischen Bauhofes, welches als Vergabeart ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung vorsieht, zu genehmigen. -----

Zu 06 Genehmigung der Lastenhefte betreffend:-----
b) die Anschaffung eines Transporters für den Bauhof -----

DER STADTRAT,

In Anbetracht, dass sich das Transportfahrzeug Ford Transit des städtischen Bauhofes mit dem amtlichen Kennzeichen RCT 295 (Baujahr 2000) in einem sehr schlechten Zustand befindet und der Verschleiß und vor allen Dingen der Rost das Fahrzeug bzw. die Karosserie stark in Mitleidenschaft gezogen haben; In Anbetracht, dass es sich demnach empfiehlt einen neuen Transporter für den städtischen Bauhof anzuschaffen;-----

Nach Kenntnisnahme des durch den städtischen Bauhof erstellten Lastenheftes, welches die vorgenannte Anschaffung umfasst;-----

In Anbetracht, dass sich die Kostenschätzung auf 28.000 €, einschl. MwSt. beläuft;-----

In Anbetracht, dass die Ausgaben unter Artikel 421/743-52 des Haushaltsplanes 2011 vorgesehen ist;-----

In Anbetracht, dass das Lastenheft gemäß Artikel 17 § 2, Punkt 1 des koordinierten Gesetzes vom 24. Dezember 1993 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge als Vergabeart ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung vorsieht; -----

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 8. Januar 1996 über öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und öffentliche Baukonzessionen und vom 26. September 1996 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen;-----

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung; -----

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission und der Baukommission -----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

das Lastenheft für die Anschaffung eines Transporters für den städtischen Bauhof, welches als Vergabeart ein Verhandlungsverfahren ohne Veröffentlichung vorsieht, zu genehmigen. -----



**Zu 06 Genehmigung der Lastenhefte betreffend: -----
c) den außerordentlichen Straßenunterhalt 2011 - Beseitigung
der Winterschäden -----**

DER STADTRAT,

In Anbetracht, dass die 5wöchige Schnee- und Frostperiode bereits jetzt schwere Straßenschäden zur Folge hatte und noch mit weiteren Schäden zu rechnen ist, da die Winterperiode bis Ende März läuft; -----

In Anbetracht, dass die betroffenen Straßen im Lastenheft nicht fest beschrieben sind, da das gesamte Ausmaß der Straßenschäden zum aktuellen Zeitpunkt nicht ersichtlich ist bzw. nicht definitiv bestimmt werden kann; -----

Nach Kenntnisnahme des durch den Technischen Dienst ausgearbeiteten Lastenheftes, welches die Ausführung von Straßenunterhaltsarbeiten (Asphaltbelag) vorsieht, wobei auf Grund von Vorgenanntem keine genauen Mengen veranschlagt werden können; -----

In Anbetracht, dass eine gewisse Flexibilität in vorliegendem Aktenstück erforderlich ist und das oben genannte Lastenheft demnach Bedarfspositionen mit angenommenen Mengen umfasst, die nach Bedarf variieren können; -----

In Anbetracht, dass sich die Kostenschätzung auf 300.000 €, einschl. MwSt. beläuft; -----

In Anbetracht, dass ein Teil der Ausgaben (100.000 €) unter Artikel 42101/735-60 des Haushaltsplanes 2011 vorgesehen ist; -----

In Anbetracht, dass das Lastenheft gemäß der Artikel 13 und 14 des Gesetzes vom 24. Dezember 1993 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge als Vergabeart eine öffentliche Ausschreibung vorsieht; -----

Auf Grund des Königlichen Erlasses vom 8. Januar 1996 über öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und öffentliche Baukonzessionen und vom 26. September 1996 zur Festlegung der allgemeinen Bestimmungen für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen von öffentlichen Bauaufträgen; -----

Nach Kenntnisnahme folgender Interventionen: -----

Frau Stadtverordnete **Annabelle MOCKEL (PFF-MR)**: mit Bezug auf die Beseitigung der Winterschäden möchte ich auf das Schneetreiben im Dezember eingehen. Sicherlich konnte keiner mit solchen Schneemassen rechnen, dennoch bin ich positiv gestimmt, wenn der zuständige Bauschöffe verspricht die Organisation des Winterdienstes in den nächsten Jahren anzupassen und zu verbessern. -----

Denn wenn der Bürger zum Schneeräumen verpflichtet ist und auch immer wieder daran erinnert wird, muss man dies auch von Seiten der Stadt verlangen dürfen. 228 Tonnen Salz wurden gebraucht und 107 km waren von den Schneemassen in Eupen zu räumen. Dennoch, als die Hauptstraßen längst von Schnee befreit waren, kämpften einige Nebenstraßen immer noch mit den Massen. -----

Sicherlich wäre es angebracht das Material des Winterdienstes, aber auch die Prioritätenliste der Routen anzupassen und bei solchen extremen Winterverhältnissen vielleicht sogar eine Art Krisenstab einzurichten und Lohnunternehmen sowie Bauern mit ihren Gefährten viel früher einzubinden. Es ist eben eine Frage der Organisation, denn an Erfahrung haben wir in diesem Jahre Genüge gesammelt. -----

Laut dem Bauschöffen sollen die Straßenschäden schnellstmöglich repariert werden. Diese verursachen höhere Kosten als vorgesehen. Man darf also gespannt sein, was uns dieser harte Winter kostet und wie lange die Löcher in den Straßen, uns daran erinnern werden. -----



Frau Stadtverordnete **Karin WERTZ (ECOLO)**: Weil das Thema „Winterschäden“ auch Anlass zur Nachbesprechung des Winterdienstes gibt, möchten wir unsere Forderungen aus der Sicht von Fußgängern einbringen. Wir beteiligen uns nicht an dem allgemeinen Schimpfen und Jammern über den Winterdienst; wir wollen dem städtischen Personal für seinen Einsatz, gerade an den Festtagen, danken.-----

Denn wir müssen Eines festhalten: Die Vorstellung, wir könnten die Natur beherrschen und die negativen Auswirkungen völlig in den Griff bekommen, ist irrig. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, dass wir Menschen uns letztendlich, trotz aller Schutzmaßnahmen, den extremen Klimaverhältnissen anpassen müssen.-----

Wenn es etwas zu verbessern gibt, ist das auf Ebene der Einsatzplanung, die ja jetzt über einen neuen Erfahrungswert verfügt. Wir begrüßen die Absicht, einen Bericht über die Erfahrungswerte und die Verbesserungsvorschläge anzulegen; hierbei wollen wir nur nicht die Interessen von Autofahrern vertreten sehen, sondern gleichwertig auch die Interessen und die Sicherheit der Fußgänger, besonders bei zwei Aspekten:-----

1. beim Schneeräumen durch den Schneepflug bleibt nicht aus, dass die Zebrastreifen am Straßenrand und die Bushaltestellen mit zugeräumt werden. Durchgänge müssen also immer wieder von Hand frei geschaufelt werden. Wir wollen anregen, hierfür ein spezielles Team einzusetzen, das ausschließlich über die Belange der Fußgänger wacht, z. B. in Personalunion mit einem sozialwirtschaftlichen Betrieb wie „Work and Job“ und somit die Gesamtsituation aus dem Blickwinkel der Fußgänger ständig im Auge behält. Dazu gehört auch, einen Weg für Fußgänger frei zu machen, wenn sie wegen der Dachlawinen nicht an den Häusern vorbei gehen können.-----

2. Wir halten es für notwendig, in dem Bericht festzuhalten, dass der verstärkte Einsatz der Ordnungshüter Teil des Einsatzplanes sein muss: Fußgänger erleben täglich, dass manche Zeitgenossen ihre Bürgersteige nicht ein einziges Mal geräumt haben; selbst ein Laie kann unterscheiden, welche Bürgersteige einen Tag lang nicht geräumt wurden, weil die Anwohner tagsüber arbeiten, und welche Eisschicht mindestens eine Woche alt ist. Vielleicht sind hier erst einige Verwarnungen notwendig, bis alle ihre Pflichten erfüllen. Diese verstärkte Aufmerksamkeit sollte auch für Gebäude in öffentlicher Hand gelten: bei manchen wurden die Bürgersteige während der gesamten Weihnachtsferien nicht geräumt. (Auf Anfrage können wir gerne konkrete Beispiele nennen). Ansonsten werden wir für den außerordentlichen Straßenunterhalt stimmen.----

Herr Stadtverordneter **Fabrice PAULUS (CSP)**: Als CSP-Fraktion begrüßen wir, dass sich seitens der Verwaltung schon sehr früh im Jahr um den nach dem Winter anfallenden dringenden Straßenunterhalt befasst wird.-----

Ebenfalls finden wir es positiv, dass in der letzten Baukommission ein erster mündlicher Bericht zu der schneeintensiven Woche vor dem Weihnachtsfest vorgetragen wurde. Als positiv erachten wir, dass schon eine erste kritische interne Aufarbeitung erfolgt ist, sowie erste Neuerungen und Verbesserungen vom Dienst selber getroffen wurden.-----

Mit der Zuversicht, dass diese Maßnahmen greifen und der Hoffnung auf nur noch moderate Schneefälle in diesem Winter warten wir auf den schriftlichen Bericht in einer der nächsten Baukommissionen.-----

Herr Stadtverordneter **Christoph HENNEN (fraktionslos)**: Winter ist Natur und die Natur ist nicht berechenbar. Berechnen können wir vielleicht in diesem Punkt die finanziellen Kosten und das war es! Dass nicht alles so gelaufen ist wie es perfekt hätte sein können, ist korrekt. Aber man kann nicht alles planen. Man kann nur reagieren und daraus lernen.-----

Wie schon in der Finanzkommission angesprochen, werden wir alle an einem



Plan arbeiten, der in einem sich solch eintretenden Schneechaos greift.-----
Ich habe Verständnis für die Reaktionen mancher Bürger. Absolut null
Verständnis habe ich für die Reaktion mancher Bürger, die Arbeiter des
Winterdienstes verbal attackieren oder beschuldigen. Diese Leute machen nur
ihren Job und den machen sie korrekt.-----
Laut Internetwetterdienst war dieses Wetter etwas, was in dieser Stärke nur alle
15 bis 20 Jahre vorkommt. Wir können nur hoffen, dass das so ist, aber ich bin
mir sicher, dass die Stadt das nächste Mal besser darauf vorbereitet ist.-----
Herr Schöffe **René BARTHOLEMY (CSP)**: Ein Tag ist sehr problematisch
gewesen, da an einigen Schneeräumfahrzeugen gleichzeitig technische
Pannen auftraten. Die Kosten für die Lohnunternehmen belaufen sich derzeit
auf 60.000 €. Mit diesen werden wir künftig Verträge abschließen. Zu den
weiteren Verbesserungen gehören folgende Maßnahmen: bessere
Instruktionen an die Fahrer, verstärkte Gummis an den Räumschildern und
Anlegen eines größeren Vorrats. Auch sollen bei einem solchen
Schneeaufkommen die Routen zweimal befahren - eine Route dauert 4
Stunden - werden, da ansonsten die Fahrspuren zu schmal sind.-----
Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;-----
Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der
Finanzkommission und der Baukommission -----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

- das Lastenheft für den außerordentlichen Straßenunterhalt 2011, welches
als Vergabeart eine öffentliche Ausschreibung vorsieht, sowie die im
Lastenheft festgelegten Kriterien für die qualitätsmäßige Auswahl zu
genehmigen;-----
- den entsprechenden Artikel 42101/736-60 gelegentlich der nächsten
Haushaltsanpassung anzupassen bzw. um 200.000 € zu erhöhen.-----

**Zu 07 Genehmigung des Straßenverlaufs im Rahmen des
Städtebauantrags der Stadt Eupen betreffend Phase IV des
Projektes „Touristische Aufwertung der Unterstadt“ -----**

DER STADTRAT,

Aufgrund von Artikel 127 bis 129 des Wallonischen Gesetzbuches über die
Raumordnung, den Städtebau, das Erbe und die Energie;-----
Nach Kenntnisnahme und Prüfung des durch die Stadt Eupen, Rathausplatz 14,
4700 Eupen eingereichten Städtebauantrages betreffend Phase IV des
Projektes „Touristische Aufwertung der Unterstadt“;-----
In Anbetracht, dass das Projekt Ausbaumaßnahmen des öffentlichen
Wegenetzes zwischen der Haagenstraße (ab Weserbrücke) über „Trootschang“
und „Teichgasse“ bis zum Wehr an der Bushaltestelle Bellmerin umfasst;-----
Auf Grund der durchgeführten öffentlichen Untersuchung, in deren Verlauf kein
Einspruch bei der Verwaltung eingegangen ist;-----
Nach Kenntnisnahme folgender Interventionen: -----
Frau Stadtverordnete **Karin WERTZ (ECOLO)**: Wir haben den Planungen zu
dieser Phase des Projekts bereits im vergangenen Jahr zugestimmt und
werden dies auch heute tun, da die damalige Lösung heute noch gilt, nämlich:
den natur belassenen Zustand des „Wehrwegs“, des kleinen Waldwegs
zwischen Weser und Kanal, zu erhalten und höchstens mit Naturmaterial
auszubessern, während die behindertengerechte Wegeführung für dieses
Teilstück über den Bellmerin führt. -----
Herr Stadtverordneter **Fabrice PAULUS (CSP)**: Demokratie kann schon mal
paradox erscheinen, da der Stadtrat hier seinen eigenen Antrag genehmigt.
Das Projekt ist nicht neu und jedem hier gut bekannt. Diesmal werden wir den



Straßenverlauf vor der Inangriffnahme der Bauarbeiten genehmigen; dies war nicht immer so und ist auch nicht immer möglich.-----

Durch die guten Diskussionen, die seinerzeit in den Kommissionen geführt wurden, wurde das Projekt gemeinsam verändert. Im letzten Abschnitt von TAU IV wird der Benutzer dann die Wahl haben, entweder auf flachem, festem Untergrund und für weniger mobile Menschen besser geeignete Weise ans Ende zu gelangen oder auf einem Naturpfad entlang der Weser zu spazieren.-- Nicht nur in meinen Augen hat sich dadurch das Projekt verbessert. Daher möchte ich nochmals der Ecolo-Fraktion für diesen guten Vorschlag danken.--- Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;----- Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Baukommission und der Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

die Abänderung des kommunalen Straßenverlaufs, einschließlich der technischen Ausrüstung, betreffend Phase IV des Projektes „Touristische Aufwertung der Unterstadt“, so wie im Städtebauantrag der Stadt Eupen vorgesehen, gutzuheißen.-----

**Zu 08 Genehmigung des Nachtrags zum Mietvertrag mit der
Pfadfindereinheit Sankt Paul für die Anmietung von zusätzlichen
Räumlichkeiten im Garnstock-----**

DER STADTRAT,

In Anbetracht, dass der Pfadfinderinneneinheit St. Paul per Mietvertrag vom 22. Juni 2006 der Pavillon im Klinkeshöfchen zur Verfügung gestellt wurde zur Unterbringung zweier Untersektionen;-----

In Erwägung, dass sich der Pavillon Klinkeshöfchen in einem veralteten Zustand befindet;-----

In Anbetracht, dass sich die Pfadfinderinneneinheit St. Paul mit dem Vorschlag einverstanden erklärt hat, die zwei Untersektionen umzusiedeln zum Garnstock, 2. Etage, wo bereits die übrigen Sektionen der Pfadfinderinneneinheit per Mietvertrag vom 8. Februar 1995 untergebracht sind;-----

Nach Durchsicht des Entwurfes des Nachtrags zum Mietvertrag vom 8. Februar 1995, dessen wesentliche Punkte wie folgt lauten:-----

- Vermietung von zwei zusätzlichen Räumen am Garnstock, 2. Etage;-----
- Zurverfügungstellung ab dem 1. Februar 2011 auf unbestimmte Dauer; -----
- Erhöhung der neuen Basismiete um 34,00 EUR auf 71,85 EUR/Monat (bzw.862,20 EUR/Jahr), indexgebunden, -----
- alle anderen Bedingungen des Mietvertrags bleiben unverändert bestehen.

Nach Kenntnisnahme des Einverständnisses der Pfadfinderinneneinheit St. Paul vom 29. Dezember 2010 zu den Bedingungen des Vertragsentwurfes;-----

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, insbesondere von Artikel L 1122-30; -----

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t
einstimmig,

- a. den Mietvertrag vom 22. Juni 2006 für den Pavillon Klinkeshöfchen einvernehmlich aufzulösen;-----
- b. die Bedingungen des Nachtrags zum Mietvertrag vom 8. Februar 1995 für die Räumlichkeiten im Garnstock zu genehmigen. -----



Zu 09 Übernahme der Straßeninfrastruktur De Grand Ry-Straße -----

DER STADTRAT,

Nach Durchsicht seines Beschluss vom 1. Februar 1999, womit das 8.342m² große Gelände der Straßen Am Bennet und de Grand Ry-Straße kostenlos in das öffentliche Wegenetz der Stadt Eupen übernommen wurde;-----

In Anbetracht, dass nunmehr das zweite Teilstück der de Grand Ry-Straße dem öffentlichen Wegenetz einverleibt werden soll; -----

Nach Kenntnisnahme des am 16. November 2010 durch das Studienbüro Sotrez-Nizet in Eupen erstellten Vermessungsplanes, wonach die Straßen- und Kanalinfrastruktur eine Gesamtfläche von 1.705m² aufweist, wovon 1.180m² in vollem Eigentum und Kanalservituten über Privatgelände von 52m² in vollem Eigentum (Kontrollkammern) und 473m² im Untergrund (Kanalisation);-----

In Erwägung, dass der Eigentümer der Parzellierung allen Auflagen nachgekommen ist und die Straßenanlage sich in ordnungsgemäßem Zustand befindet;-----

Nach Durchsicht der Katasterunterlagen, des Urkundenentwurfes und aller anderen der Akte beigefügten Unterlagen; -----

In Erwägung, dass die Übernahme zum Zwecke öffentlichen Nutzens erfolgen soll; -----

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, insbesondere von Artikel L 1122-30;-----

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Baukommission und der Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t

einstimmig,

1. zum Zwecke öffentlichen Nutzens die Straßenanlage "de Grand Ry-Straße" (2. Teilstück), wie oben beschrieben, kostenlos und zu den Bedingungen des Urkundenentwurfes in das Eigentum der Stadt zu übernehmen;-----
2. das Straßengelände dem öffentlichen Wegenetz einzuverleiben.-----

Zu 10 Bewilligung von Zuschüssen-----

DER STADTRAT,

Nach Kenntnisnahme der Anträge nachstehender Vereinigungen;-----

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;-----

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission,-----

b e s c h l i e ß t

einstimmig,

folgende Zuschüsse zu bewilligen:-----

- 957,00 € an den Eupener Turnverein 1967 für die Anschaffung von Turngeräten;-----
- 9.792,00 € an die GoE Behindertenstätten Eupen für die Außensanierungsarbeiten am Königin-Fabiola-Haus.-----

Zu 11 Revision der Stadtkasse: 4. Trimester 2010-----

DER STADTRAT,

In Ausführung des Artikels L1124-42 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung setzt das Gemeindegremium den Stadtrat in Kenntnis von der Revision der Stadtkasse am 21. Dezember 2010, wonach der Kassenstand und der Bestand der einzelnen Konten der Stadt sich am 21. Dezember 2010 auf 6.818.847,32 EUR belaufen.-----



**Zu 12 Evangelische Kirchengemeinde Eupen/Neu-Moresnet
Gutachten zur Kreditanpassung Nr. 1/2010 -----**

DER STADTRAT,

Auf Grund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, insbesondere Artikel L1321-1,9°; -----

Auf Grund des Dekretes vom 19. Mai 2008 über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte, insbesondere Artikel 41; -----

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 13. November 2008 über die finanzielle Verwaltung der Kirchenfabriken, in seiner aktuell geltenden Fassung;

In Anbetracht des Schreibens der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 01.12.2010, wodurch die Haushaltsplanabänderung, die in der Sitzung vom 27.09.2010 durch die Evangelische Kirchengemeinde verabschiedet wurde, übermittelt wurde; -----

In Anbetracht, dass verschiedene Kredite des Haushaltsplanes der Evangelischen Kirchengemeinde Eupen/Neu-Moresnet für das Rechnungsjahr 2010 abgeändert werden müssen; -----

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums sowie im Einvernehmen mit der Finanzkommission, -----

**b e s c h l i e ß t
einstimmig,**

zu den nachstehenden Kreditanpassungen Nr. 1 zum Haushalt 2010, die nach erfolgter Abänderung wie folgt abschließen, ein günstiges Gutachten abzugeben: -----

Ursprünglicher Haushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben: 1.188.095,49 €

Erhöhung der Kredite: 6.888,00 €

Neues Ergebnis: 1.194.975,49 €

Der gewöhnliche Gemeindegewinn der beteiligten Gemeinden wird um 11.810,64 € reduziert, wobei sich der Anteil der Stadt Eupen dementsprechend um 3.543,19 € verringert, von 19.129,65 € auf 15.586,46 €. -----

Der außergewöhnliche Zuschuss der Gemeinden für das Projekt Instandsetzung Turm der Friedenskirche wird um 3.535,63 € erhöht, wobei sich der Anteil der Stadt Eupen dementsprechend um 1.060,69 € erhöht, von 103.590 € auf 104.650,69 €. -----

Bevor der Vorsitzende die öffentliche Sitzung schließt, werden folgende mündliche Fragen gestellt und durch das Gemeindegremium beantwortet: ----

- Frage von Frau Stadtverordnete Annabelle Mockel betreffend das ATC - Eupen Plaza -----
- Frage von Frau Stadtverordnete Annabelle Mockel betreffend den Park Klinkeshöfchen -----
- Frage von Herrn Stadtverordneten Philippe Hunger betreffend die Beseitigung des Schüttguts -----

Zu dem Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 22. Dezember 2010 wurden keine Einwände gemacht und es ist somit genehmigt. -----

B) Geheime Sitzung

